



AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar
Direktor des HWWI und seit Februar 2010 Helmut Schmidt Fellow an der Transatlantic Academy in Washington DC

GRIECHENLANDKRISE

Europa auf der Kippe

Europa erlebt eine Zeitenwende. Letzte Woche wurden einmal in Brüssel und einmal in Berlin die Weichen neu gestellt. Noch ist es unsicher, wohin als Ergebnis die Reise führen wird. Denn aus Brüssel und aus Berlin wirken gleichzeitig zwei entgegengesetzte Kräfte auf den Kurs ein, den die Europäische Union einschlagen soll. In Brüssel wurden die Signale für eine Transferunion auf Grün gestellt. Am selben Tag hat in Berlin Bundeskanzlerin Merkel diesem Vorgehen die rote Karte gezeigt und klargemacht, dass Deutschland künftig eher weniger als mehr Geld in die gemeinsamen europäischen Kassen einzahlen will. Damit ist die Zukunft der EU völlig offen.

In Brüssel haben die Regierungschefs der EU-Länder darauf verzichtet, Griechenland aus dem Eurogebiet hinauszuerwerfen. Sie haben das hoch verschuldete Land nicht dem drohenden Staatsbankrott ausgesetzt und haben ein EU-Mitgliedland nicht allein gelassen. Stattdessen haben sie, trotz aller gegenteiligen Rhetorik, den unumkehrbaren Weg in die Transferunion eingeschlagen. Zwar wurde die Hilfe für Griechenland offiziell als «Notkredit» bezeichnet. So will man ihr den Ruch des nicht tolerierten Rauskaufens aus eigener Schuld zulasten anderer nehmen.

De facto aber bleibt jedes Einspringen der EU zugunsten Griechenlands ein Bailout, den man in den Maastrichter Verträgen ausschließen wollte. Mit dem «Notkredit» wird nicht nur der Stabilitätspakt untergraben und wertlos gemacht. Er provoziert weiteres Fehlverhalten. Andere Euroländer erhalten einen Freischein für das Schuldenmachen. Denn nachdem man Griechen-

land gerettet hat, wird man Portugal, Italien, Irland oder Spanien die Hilfe nicht verweigern können. Das ist für Spekulanten eine Einladung für eine Attacke auf weitere Euroländer.

Der Kampf gegen den Staatsbankrott eines Mitgliedlandes hat einen gewollten Geburtsfehler des Euros mit aller Härte aufgedeckt: Der Euroraum ist eine Währungsunion ohne gemeinsame Fiskalpolitik. So wollte man (vor allem aus deutscher Sicht) verhindern, dass die EU über die Euroeinführung zu einer (noch gewaltigeren) Umverteilungsmaschinerie zulasten der wirtschaftlich stärkeren Länder (also besonders Deutschlands) werden würde. Das hätte gutgehen können – jedoch nur dann, wenn feste, unverrückbare Stützmauern die nationalen Budgetdefizite in Schranken gehalten hätten. Der europäische Stabilitätspakt konnte diese Erwartungen nicht erfüllen. Zu viele Eurostaaten sind heute zu hoch verschuldet.

Um zu verhindern, dass das griechische Drama zu einer europäischen Tragödie wird, gab es für die Euroländer zu einem Einstieg in eine Transferunion keine Alternative. Das mögen viele Hardliner anders sehen. Aber faktisch hätte der Staatsbankrott Griechenlands eine Kettenreaktion ausgelöst. Sie hätte weitere überschuldete Länder der Eurozone mitgerissen und ein währungspolitisches Chaos verursacht. An seinem Ende wäre auch ein Auseinanderbrechen der EU nicht ausgeschlossen gewesen. Der eine oder andere Europapessimist sehnt sich dieses Szenario möglicherweise sogar herbei. Er unterschlägt aber die historische Erfolgsgeschichte, die

untrennbar mit der EU verbunden ist.

Die Europäische Union hat die politischen Wunden nach dem Zweiten Weltkrieg geheilt, den Nationalismus überwunden, Deutschland mit seinen Nachbarn im Westen und im Osten versöhnt und zu einer historisch vergleichslos langen Zeit des Friedens und der Sicherheit in Europa geführt. Davon haben alle – und, selbst wenn das nicht alle so sehen wollen, auch außenstehende Länder wie die Schweiz – unschätzbar profitiert.

Auch die ökonomischen Erfolge der EU und des Euros dürfen sich sehen lassen: Nicht nur wegen der EU oder des Euros, aber ganz sicher auch deswegen hat Europa in den letzten fünfzig Jahren eine wirtschaftlich unglaublich erfolgreiche Epoche erlebt, mit einer enormen Verbesserung der Lebensbedingungen auch der Massen. Es wurden Millionen neuer Jobs geschaffen, und die Inflationsraten blieben gering. Das darf bei allem Europapessimismus nie vergessen bleiben.

Die Globalisierung hat die Weltwirtschaft in den letzten beiden Dekaden neu gestaltet. In der Praxis hat sich Europa und mit ihm die EU in den vergangenen beiden Dekaden fundamental verändert. Die Finanzkrise zeigt mehr als deutlich, dass natio-

nale Lösungen für globale Probleme nicht mehr genügen.

Das alles zusammen zeigt, dass es an der Zeit ist, den Geburtsfehler der Eurozone zu korrigieren. Der Einstieg in eine europäische Transferunion ist unumgänglich geworden. Da darf man sich keine Illusionen mehr machen. Das weiß auch die kluge Bundeskanzlerin. Und genau weil sie den für Deutschland teurer werdenden Weg Europas in die Transferunion als alternativlos erkannt hat, hat sie die Notbremse gezogen. Nicht im Grundsatz, da musste sie notgedrungen mitmachen, aber bei der Finanzierung. Da gibt es aus deutscher Sicht noch einen Handlungsspielraum: Transferunion ja, aber nicht auf Kosten Deutschlands! So sieht die Bundeskanzlerin die Zukunft Europas.

Genauso wie es für Europa zur Transferunion keine Alternative gibt, gibt es für Deutschland keine Alternative zu einer Neuverteilung der (künftigen) finanziellen Lasten. Folgerichtig hat Angela Merkel in einer Berliner Regierungserklärung eines ganz sachlich und klar ausgedrückt: Die Rolle Deutschlands als Zahlmeister Europas ist Geschichte.

Nicht mehr länger ist Deutschland bereit, als Wiedergutmachung seiner histo-

rischen Schuld europäische Interessen vor die deutschen Interessen zu stellen. Damit sind die Zeiten Adenauers und Kohls zu Ende. Von jetzt an wird jede deutsche Regierung zuallererst die Interessen der deutschen Bevölkerung und erst danach jene von Europa verfolgen. Das ist eine Zäsur der europäischen Nachkriegsgeschichte.

Europa steht momentan in Deutschland nicht gut da. Wer sich nach der «Eurolüge» jetzt noch für die europäische Gemeinschaft starkmacht, kriegt die geballte Wut der ohnehin schon durch Finanzkrise und frühere (nur zur Erinnerung: auch sozialstaatliche) Versprechungen arg gebeutelten deutschen Steuerzahler zu spüren. «Genug ist genug, es reicht», so lässt sich in Deutschland das Urteil einer von linken und rechten Kräften, armen und wohlhabenden Schichten gleichermaßen gebildeten Allianz gegenüber Europa zusammenfassen. Genau die Stimmung trifft Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer kühl distanzierten Europapolitik.

Dieser Artikel ist am 31. März 2010 in »Finanz und Wirtschaft« erschienen.